



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

22.07.1932 (Nr. 158)

NSDAP

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Verlag und Geschäftsstelle: Fabrikstraße 15, Redaktion: Langen-
straße 48, Sprechstunde der Redaktion: Montag bis Freitag von
18 bis 19 Uhr. Fernsprecher: Domscheide 253 78.
Die NSDZ erscheint wöchentlich und kostet RM 1.90 frei Haus,
durch die Post zugängig 36 Pf. Bestellgeld.

Parteiamtliches Organ der
Bremer Nationalsozialisten

Anzeigen: Hefige die 10 gepaltene mm-Zeile RM 0.10, anwärter
RM 0.12; im Teil RM 0.50, anwärter RM 0.70; Stellengesuche
RM 0.06; sonstige kleine Anzeigen RM 0.08. Wählvorschrift ohne
Verbindlichkeit. Bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot ufo. hat der
Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hitler in Hannover

120000 Menschen füllten das Ausstellungsgelände der Stadthalle

Der Tag der Niedersachsen

Kann es auch vorüber, der große, rauschende
Tag von Hannover, der Tag der 120 000. Ver-
sammlung ist der braunste Tag der Stadt-
geschichte, der über den Platz hinter der Stadt-
halle hinweg flangen bis hinüber zur Stadt.

Niedersachsen steht auf! Niedersachsen ist wach!
Das sah man aus jedem Gesicht, das dröhnte
aus dem Marktschrei der braunen Kolonnen,
und das klang aus dem dröhnenden Klang der
Trommeln. Was in dieser großen erbebenden
Stunde sich aus den Herzen aufschwung und zu
glühendem Bekenntnis wurde, das war eine
Erhebung und ein Aufbruch aus der Tiefe, so
reißend und erschütternd, daß Worte es niemals
fassen können.

120 000 Niedersachsen! Ein Bild von groß-
artiger Macht. Die langen Bege mit Wapp-
zeichen, die langen Bege mit Wapp-
zeichen, eine endlose Kette. Und dann ein Ge-
wühl, eine Menschenmauer, unabsehbar. Kopf
an Kopf das weiße Feld entlang, bis zu den
grünen Bäumen hinüber.

Die Tribüne ragt hoch empor. Eisenblätter
sind um die Geländer genurten als Stütz-
niederländischer Kraft. Und dann stehen wir
oben über dem Platz und erleben ein Schaupiel,
wie es wohl bisher nur Wenigen vergönnt
war. Mitten durch das aufgeregte Meer der
Menschenmassen stehen die Fahnen und Sten-
darten, heben sich in die Luft, flattern, und vor
ihnen steht die Musik, dröhnt und schmettert
und reißt den Zehntausenden die Arme empor
zum Gruß der Ehrenzeichen.

Die Menschen stehen wie eine Mauer, die
Fahnen ziehen vorbei, und dann teilt sich die
Formation und nimmt Aufstellung zu beiden
Seiten der Tribüne auf erhöhtem Platz. Immer
noch fließen Tausende und Abertausende
herbei, füllen den Platz bis in den letzten
Winkel hinein, stauen sich an, drängen sich zu-
sammen. Warten, bis der Führer kommt!

Hunderttausendtausend Niedersachsen, Natio-
nalsocialisten bis ins Blut. Wie schwer war es,
in diese Herzen den Glauben und die Zuversicht
an das kommende Deutschland einzubrennen.
Wie schwer war es, in Niedersachsen unter Pan-
ner aufzuwachen. Aber nun steht das Pan-
ner fest, Niedersachsen marschiert im Zuge der
gewaltigen Volkserhebung, die durch Deutschland
geht vom Osten zum Westen und vom Norden
zum Süden.

Die Niedersachsen bereiten dem Führer einen Empfang von un- erhörter Macht und Größe.

Dann Auf und Signal: Der Führer kommt!
Blumen über Blumen werden ihm entgegen-
gereicht. Kinder kommen ihm entgegen, im
weißen Kleidern, und reichen ihm ihre Sträuße.
Dann steht der Führer auf dem Podium. Und
all die Sorge und die Not, all der Glaube und
die Hoffnung dieser Hunderttausendtausend
sind in einem aufbrausenden Begrüßungs-
sturm und lauten Wortschwall aus den leuchten-
den Gesichtern entgegen. Schimmernd niederländisches
Blut treibt im Pulsschlag eheernen Be-
freiungswillens. Und grüßt den Führer.

Ein SA-Mann steht auf der Tribüne mit
verbundenem Kopf. Vor wenigen Stunden, als
er herbeieilte, um seinen Führer zu sehen,
schlugen ihm marktschreierische Begehrer nieder.
Aber trotz seinem Führer, der ihn mit Hand-
schlag begrüßt. Noch liegt die Erregung über
diesen Vorfall auf dem Gesicht Adolf Hitlers,
als er vor das Mikrophon tritt und in der
Begeisterungswut hinein zu seinen Nieder-
sachsen spricht.

Des Führers Rede

ist eine einzige Abrechnung mit jenen Parteien,
die 13 Jahre lang in Deutschland regierten und
nun versuchen, uns die Verantwortung für ihre
Mißwirtschaft aufzubürden.

„Sie können sich nicht von der Verantwort-
lichkeit drücken, auch wenn sie es tausendmal tun
wollen. Dafür müssen wir Nationalsozialisten
sorgen, daß dieser Wahlkampf ein Kampf
ist, der die letzte Schwindel sein soll,
mit dem sie das deutsche Volk treffen können.“

„Die Zeit steht jetzt auf einem anderen
Zeiger, wir hoffen, daß wir jetzt in eine andere
Epöche eingehen, in der Disziplin und Ordnung
wieder die Grundpfeiler unseres Lebens
werden.“

„Sie müssen jetzt noch ein paar Wochen glan-
zen, durch Fugen und Bekleidung und durch

Terror was erreichen zu können. Wir wer-
den uns der Fugen wie auch des
Terrors erwehren können.“

Der 31. Juli ist ein Tag, an dem der Frieden
entschieden wird. Es möge sich keiner täuschen,
wie der Tag auch endige, unser Kampf
geht weiter.“

Unter der begeisterten Zustimmung der ge-
waltigen Menschenmenge beendet der Führer
seine Rede mit einem aufreißenden Ruf zur
Pflichterfüllung:

„An uns soll es nicht fehlen, den
Mist zur Verantwortung, den
haben wir!“

(Ausführlicher Auszug der Rede im Innern
des Bunkers.)

Brausend klingt das Deutschlandlied auf.
Schon rattern wieder die Motoren, und das
Volk jagt durch die Stadt, das den Führer
fortträgt zur nächsten Kundgebung, zu neuem
Siege und zu neuer Begeisterung.

So liebt Braunschweig den Führer

70000 Menschen füllten das Stadion

(Von unserem nach Braunschweig entsandten NS-
Sonderberichterstatter.)

Braunschweig, 21. Juli.
Ein erbebender, hunderttausend-
und unerschöpflicher Tag des Freiheitskampfes!
Braunschweig: Reuendendes Flammengessen
unabhängigen nationalsozialistischen Vor-
marsches.

Wir durften diesen Tag miterleben. Wir
waren mit dabei! Wir standen mit den 70 000
im Stadion der Stadt. Kopf an Kopf,
Kopf an Kopf, Brust an Brust. Seit dem ersten
ersten Nachmittagsstunden. Auserkühnlich,
etwas unbekannt, aber geduldig und so froh,
überhaupt stehen zu dürfen, denn jetzt um sechs
Uhr — die Stunde rückt näher, die uns den
Führer bringt — ist auch der letzte Stehplatz
ausverkauft und Zehntausende müssen an der
Spitze stehen. Sie stehen enttäuscht in den
Zukunftsträumen.

Sie haben die Hoffnung, den Führer zu
hören, begreifen müssen. Aber eine fröhliche Ge-
walt ist gekommen: Sie werden ihn sehen!
Das ist der Trost des schwarzen Spotters.

Braunschweig ist im Festfeld! Fahnen
flattern, Fahnen flattern. Die Führer sind in
Führeruniform eingedrückt, — rot und weiß, —
weiß und rot.

Der hemmungslose Jubel, die grenzenlose
Begeisterung, der unübersteigbare Opferwille,
die schrankenlose Hingabe sind voll und veränd-
lich. Hier spricht der Führer auf historischem
Boden. Hier spricht der Führer auch mit jedem
einmal. Der heutige Besuch ist ein Jubiläum.

„5 mal Adolf Hitler in Braun- schweig.“

Braunschweig ist deutsch! Draußen im Sta-
dion schmettern die Standartenkapellen frohe
Weisen, und die Blide der Harrenden sind zum
Himmel gerichtet. Ein Wolkenzug durchdringt
den Himmel. Die Menschen bis auf die Haut.
Aber sie warten nicht und ein Spottvogel spricht
das erste Wort: „So! So! So! So! So!“
Laut, aber die Dulde, die die SPD, am

14. September 1930 bekam, das war eine kalte
Dulde!“

Da erinnert man sich zurück an eineinhalb
Jahre praktischer nationalsozialistischer Arbeit.
Minister Klages proklamiert als erster den
Kampf gegen den Hunger und führt die Braun-
schweiger Volksgemeinschaft durch, die im Winter
grenzenloses Elend mildert.

Mit dem Grundgesetz, keine Ausgabe ohne
Deckung, kann trotz der bösen hinterlassenen
Schulden, die sich auf 70 Millionen Mark be-
laufen, ein neuer Fehlbetrag ver-
mieden werden. Korruptionsercheinungen
beim Bau der Allgemeinen Verkehrsentlastung
werden aufgedeckt und die Schuldigen zur
Rechenschaft gezogen. Der Rektor der Tech-
nischen Hochschule, Professor Schmidt, stirbt.

Die Fürsorge-Maßnahmen im Freistaat Braun-
schweig werden trotz Sabotierungsversuche der
SPD, nicht gelockt. Zerschlagungsversuche
in der Braunschweiger Schutzpolizei werden
durch rasche Maßnahmen im Keim erstickt.

Dem sozialistischen Gemeindefortschritt von
Langelsheim wird die Volksgemeinschaft entgegen-
gefahren, eine Klagesveranlassung zu
untersuchen.

Noch nicht genug: Die weltlichen Schulen
werden abgebaut, eine Stilllegung des Harzer

Bergbaues wird vermieden. Man rettet da-
durch die Tausende von Bergleuten,
und nicht zuletzt ermöglicht man dem Führer
durch Bereinigung des Staatsbürgers, seine
volle Kraft für den Endkampf zum Sieg unserer
Bewegung einzusetzen!!

Mit Dir, Braunschweig, ist der Führer eng
verbunden. Erinnert Dir Euch noch, Braun-
schweiger, der Massenversammlung von 1924 im
Keglerheim? Wagt Ihr noch, Braunschweiger,
wie man dem Führer verbieten wollte, zu
sprechen, und wie man im Polizeipräsidium so
energisch auf den Tisch klopfen mußte, daß das
Tischglas umkippte? Nehmen Sie zu Proto-
koll:

„Wenn Sie Untertanvergehen vermeiden
wollen, lassen Sie Adolf Hitler nicht auf dem
Bühnenhof verhaften. Zu Hitler geht der Weg
nur über unsere Reichen!“

Das sagte die SA, die damals ganze
20 Mann stark war, und — der Führer sprach
auf der Fahrt zum „Sächsischen Hof“ wurde
Hitlers Wagen mit Steinen beworfen. Er
nicht faul, springt heraus und eins, zwei, drei —
trugen die Burden mit der langen Peitsche
immer links und rechts eins um die
Ohren. Das Rad flatterte, Hitler hinterher.
Die Kameraden verließen ihn. Wo ist der
Führer? „Er schläft sich noch draußen mit
dem Rad herum“. Dann trampelt er ruhig seine
Hembärmel herunter und begann im „Sächsi-
schen Hof“ zu sprechen: „Volksgenossen!“

7.30 Uhr — der Himmel ist noch ganz ver-
borgen. Es regnet, was herunter will. Der
Dreck reicht bis zu den Knöcheln, aber die
Braunschweiger stehen. Stille Wasserläden
haben das große Feld in ein riesiges Sumpfs-
gelände verwandelt.

Wälsch ein Aufschrei! Motorengeräusch!
Vom Andreaskirchhof über fliegt der silberne
Bogel, zieht eine Schleife über der Stadt und
dem Versammlungsort und wenige Minuten
später bricht sich der Führer durch die Reihen
seiner folgen, braunen Jungens und durch die
Massen der Volksgenossen, die sich in diesem
Augenblick stumm verhalten. Sie sind in diesem
Einen herunter auf die Knie ihrer Vor-
männer gekniet, sind, um ihrem Adolf Hitler
pauzabeln. Noch einmal brandet minuten-
lange Begeisterung hoch.

Eine Handbewegung. Der Führer spricht. Er
spricht vor den 70 000, die in dem Regen bis
zum Schluß aushalten. Er spricht in der Stadt,
wo im Oktober vergangenen Jahres hundert-
tausend Braunschweiger aufmarschierten.

„Wir sind nicht am Anfang, sondern vor der
Rolle! Die Bewegung steht nicht, sondern
marschiert dauernd vorwärts. Das Ziel lautet
hier: Zusammengeführt: Ich zusammengeführt! Wir
sind die Partei des deutschen Volkes. Der ir-
rinnige Bruchkampf muß beendet werden. Da
die ganze Welt gegen uns ist, müssen wir zu-
sammenhalten. Am 31. Juli gilt es! Es geht
nicht nur um die Freiheit, es geht auch um das
tägliche Brot!“

In der Universitätsstadt Göttingen

50000 hielten aus im strömenden Regen

Göttingen, 21. Juli 1932.
Der Führer spricht nun endlich auch in Göt-
tingen. Das ist Dank für erfüllte Pflicht, Lohn
für Arbeitsleistung und Erfolg. Denn hier ist
eine unserer ältesten Ortsgruppen. Einst vor

10 Jahren begannen 4 Männer den
Kampf, zu dem sich heute mehr als die Hälfte
aller Volksgenossen bekennen.
In den Straßen der alten Georgia Augusta
ist ein buntes Bild. Wir leben die neuen

Rund ist d. h. hat auf Grund seiner Befugnis das „Acht Uhr-Abendblatt“ wegen Verächtlichmachung des Reichsfanzlers von Papen auf die Dauer von vier Tagen verboten. Die Verächtlichmachung des Reichsfanzlers wird in einer Karrikatur erblüht, die am Donnerstag im „Acht Uhr-Abendblatt“ enthalten war.

Genf — Die Stunde zu deutschem Handeln gekommen!

Von F. Hofmann, zurzeit in Genf.

In heroischen Kämpfen ringt in diesen Tagen die nationalsozialistische Bewegung, angepöppelt als je, um die Seele des deutschen Volkes und um die politische Macht im Staat, mit dem Ziele, Deutschland aus Schmach und Schande, aus Elend und Not wieder zu Freiheit und Ehre, zu Arbeit und Brot emporzuführen zu können. Zur nämlichen Zeit spielen sich in Genf Vorgänge ab, die die Verlagerung der deutschen Regierungsvertreter der kommenden nationalsozialistischen Regierung ihre Aufgabe hart erschweren konnten. Trotz der innerpolitischen Hochspannung dürfen daher die Ergebnisse von Genf nicht aus den Augen gelassen werden.

Die zum Geist der Menschheit gewordene „Abbrüstungs“-Konferenz, die Deutschland aus seiner vortagswichtigen einseitigen Wehrlosigkeit befreien sollte, steht unmittelbar vor der Verabschiedung, ohne bisher auch nur das Geringste geleistet zu haben. Französische Wünsche folgen, als deren Vorführer der Tschsche Benesch dient, sollen alle wesentlichen Entscheidungen verschoben werden, und zwar auf einen vorläufig unbestimmten Zeitpunkt. Dafür soll das bis zum 31. Oktober laufende Abbrüstungsabkommen, an dem sich fast alle Staaten, auch Deutschland, freiwillig beteiligt hatten, verlängert werden, und zwar ebenfalls fast ohne Einbindung. Dieser Vorstoß bedeutet nichts anderes als eine Begrenzung (Limitation) der Rüstungen auf den heutigen Stand, also das, was Frankreich von Anfang an auf der Konferenz erreicht hat, da damit keine militärische Vorverschiebung weiterer festgelegt wird.

Demgegenüber ist das Mindeste, was das deutsche Volk von seiner heutigen Regierung erwarten muß, daß sie es abseht, eine Teilnahme des abgerüsteten Deutschlands an der Verlängerung des Abbrüstungsabkommens zuzulassen. Das heißt nicht aus, daß die gerüsteten Staaten, wenn sie schon einmal in sechs Monaten Konvention zu seiner Rüstungsüberwindung gelangen konnten, ihrerseits wenigstens den Bericht auf Rüstungssteigerungen vernachlässigen.

Zum zweiten muß das deutsche Volk von der Regierung verlangen, daß sie auch sonst keine Abmachung zuzulassen, welche Deutschland hindern könnte, nach Ablauf des Abbrüstungsabkommens die unvermeidlichen Schritte zur Erlangung jenes Mindestmaßes an nationaler Sicherheit vorzunehmen, das ihm Artikel 8 der Weimarer Verfassung zuerkennt und auf dessen Verletzung durch die Abrüstung der Anderen es 13 Jahre vergeblich gewartet hat.

Die dritte Aufgabe der Regierung wäre die Abgabe einer Erklärung, daß Deutschland im Hinblick auf die offensichtliche Abrüstungsabgabe, wie sie zuerst in den fünfjährigen Verhandlungen der Vorkommenden Abrüstungskommission und dann wiederum in den halbjährigen Diskussionen der „Abbrüstungs“-Konferenz gutgeheißen, sich nicht mehr an den Teil 5 des Verfallers Ultims geüben erachtet und sich weitere Folgen aus

der Nichtdurchführung gewisser Vertragsverpflichtungen durch die anderen Unterzeichner vorzuziehen. Im übrigen wäre Deutschland selbstverständlich bereit, seinen künftigen Rüstungsstand in einem allgemeinen Rüstungsabkommen in gleicher Weise festlegen zu lassen, wie dies die übrigen Staatenwelt tat.

Findet die derzeitige Regierung nicht den Mut zu letzterem Schritt, so wird es Aufgabe der kommenden nationalsozialistischen Regierung sein, ihn zu tun. Unbedingt gefordert muß aber werden, daß die Regierung von Paris durch ein Verlangen entsprechend Punkt 1 und 2 ihrer Nachfolgerin wenigstens alle Wege offen hält.

Das machtlose Deutschland vermag die Welt nicht zu zwingen, dem Beispiel seiner Abrüstung

Die Entrechteten urteilen!

Der „Deutsche Rentnerbund“ veröffentlicht zu den Reichstagswahlen folgenden Aufruf: „Die meisten deutschen Staatsbürger werden am 31. Juli in diesem Jahre zum vierten Male an die Wahlurne gerufen. Eine Häufung von politischen Auseinandersetzungen in einer kurzen Frist, wie sie wohl kaum je in einem parlamentarischen Staat vorgekommen sind; und trotz allem muß die Aufforderung an alle Mitglieder des Deutschen Rentnerbundes gerichtet werden, der Wahlpflicht unter allen Umständen nachzukommen, denn das wird wohl jedem einzelnen klar und eindeutig bewußt sein, daß es bei dieser Reichstagswahl um allerhöchste Entscheidungen geht. Niemals haben wohl in so schwerer Notzeit Wahlen stattgefunden, und auch niemals ist die Gesamtlage des Reiches, der Länder, der Gemeinden, des deutschen Volkes überhaupt, noch jeder Richtung hin, in innen- und außenpolitischer Beziehung so unbestimmt und unklar gewesen. Deshalb ist es dringender Wunsch des Deutschen Rentnerbundes, daß diese Reichstagswahl in politischer Beziehung eine Entscheidung bringt, die endlich die Wehrkraft im Reichstag herbeiführt, die in der Lage ist, in der nächsten Zeit eine glatte Linie und von dem Willen des Volkes getragene Staatspolitik zu treiben. Wenn es in der von der Reichsregierung herausgegebenen Erklärung am 4. Juni heißt: „Die früheren Regierungen hätten den Staat zu einer Art Wahlrechtsanleihe zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt“, so dürfte hiermit schon in einer gewissen Richtung angedeutet sein, daß es mehr denn je darauf ankommt, nicht im Wege der Wahlkraft und der fürstliche große Gruppen des deutschen Volkes zu betreten, sondern daß es darauf ankommt, dem Rechte wieder zum Siege zu verhelfen und durch Zuerkennung von Reichstagsmandaten auf Grund berechtigter Forderungen der Ergriffen weiter Volksguppen den bisherigen fürstlichen Charakter zu nehmen. Der Deutsche Rentnerbund, der diese Forderung schon

seit Jahren vertreten hat, erhebt den Ruf nach einem Systemwechsel in der Behandlung der gesamten Rentenfrage. Dieser soll darin bestehen, daß der zukünftige Reichstag den ehemaligen Kapitalrentnern anstelle von Almosen einen Rechtsanspruch auf eine Unterhaltsrente gewährt. Zu den Wahlen selbst legt der Deutsche Rentnerbund allen seinen Mitgliedern nochmals bringend ans Herz, der die bedeutungsvollen Wahlpflicht zu genießen, und da es auf jede Stimme ankommt, unbedingt zu vermeiden, daß auch nur eine Stimme verstreut geht. Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht! Jeder ehemalige Kapitalrentner kämpfe für Recht anstelle von Verrat!

Die in den vergangenen 14 Jahren um Hab, Gut und das Existenzminimum betrogenen deutschen Rentner werden an Hand der tönenden Versprechungen der Systemparteien und den diesen Sohn schreienden Zahlen am 31. Juli das Urteil fällen!

Was hat also der Rentner zu wählen?
Auf Liste 2, sie bedeutet Systemwechsel

Finger an die rote Hosennacht!

In Berlin-Neukölln ist eine weltliche Schule, die sich Karl-Marx-Schule schimpft. Ihr Direktor Karl, der einst Straßener hieß, läßt an dieser Stelle der wilden Neuköllner Jugend den allerfreiesten Lauf. Die Schüler bewegen natürlich nicht, wenn ein Lehrer oder der Herr Direktor selbst, wenn ein Lehrer und auf dem Schulhofe zu wie an der Börse, wenn die Kurve rotieren usw. Kurzlich hatte nun der sozialdemokratische geschäftsführende Minister Grimme geruht, seinen allerhöchsten Besuch anzugehen. Komte man ihm den gebräuchlichen Zoologischen Garten in seiner gewöhnlichen brüllenden Zuchtlosigkeit vorstellen? Schon

der Gedanke ist ein Kapitalverbrechen gegen die Ehrliebe der schwarz-roten Bonzenkastei. Aber was tun? Glühende Erinnerung an den preussischen Kommiß und seinen Drill! Es wurde also gedrillt und geschliffen nach Noten; die Hammelsteine wurden den halbnackten Karl-Marxern gerade gezogen, daß ihnen blühterant vor Augen wurde und sie wieder anfangen zu glauben, es möchten wohl doch noch gelegentlich die Englein im Himmel ihren Gesang erschallen lassen. Nach eins, zwei, drei wurde wochenlang geübt, wie man flüchten müsse und geräuschlos aufzusehen und sich wieder ebenso zu setzen habe, indem man die Stühle (Bänke) nicht für rote Padagogin an der Rückenlehne anfängt, aufhebt und lautlos wieder auf den Fußboden setzt.

Während sonst die Stunde in der Weise der bekannten Zuhilfenahme verläuft, wurde ganz genau festgelegt, ein- und zugeteilt, was jeder der angehenden Freiheitskämpfer bei Anwesenheit des hohen Herrn aufzuzahlen habe. Nach Schulbesuch wurden die Klassen in Bearbeitung genommen. Mühsig, geordnet, in Reihen, ohne Zehen mühsen, der Kinder dreißigsteinte glatte Scharen über die Treppen des Schulhofes entgegenzutreten lernen, allwo sie Hand an Hand in unschuldvollem Reigen das erste Viereck umwandeln.

Freilich gab es einige Widerborstige, die nicht so wollten wie Herr Karlen, nach der Melodie: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ Aber Herr Karlen brachte ihnen bald bei, daß diese Weise nur nach den Präzedenzen zu fingen ist, die er selbst für die angemessenen hielt: „Freiheit, die ich meine ...“

Aus aller Welt

Der Vater erschossen

Frankfurt a. M. Am Mittwochabend erschossen auf einer heiligen Volkswache der 34jährige arbeitslose Mechaniker Adolf Schäfer und gab an, daß er suchen auf seinen Vater mehrere Schüsse abgegeben und diesen getötet habe. Gleichzeitig lieferte er bei der Polizei eine Selbstwunde ab. Als die Polizei in die Wohnung des Vaters kam, fand sie dessen Selbstbegehung bestätigt. Auf Grund eines Treises, der zwischen Vater und Sohn entstand, hatte der Sohn zum Revolver gegriffen und seinem Vater zunächst einen Kopfstoß beigebracht. Auf den Zusammenstoß nachgab er erneut drei Schüsse ab. Die Rettungsschiffe brachte den Schwerverletzten in das Krankenhaus, wo er alsbald starb.

120 Häuser eingeschert

Marienburg. Die Ostfälische Volkskammer bei Marienburg ist am Nacht zum Mittwoch einer Feuerbrunst zum Opfer gefallen. 120 Häuser sind in Asche gelegt worden. Zahlreiches Vieh ist in den Flammen umgekommen. Mehrere Personen, darunter drei Feuerwehrlente, mußten mit schweren Brandwunden und in bedenklichem Zustand in das Krankenhaus nach Marienburg überführt werden.

Nordischer Gedanke und Weltpolitik

Von Hans Bernd

Der Gedanke an eine enge Zusammengehörigkeit der Völker Nordischen Stammes ist heute schon unbegrenztes Gemeingut weiter Kreise geworden. Es liegt so etwas wie eine Nordische Stimmung in der Luft, deren Stärke besonders unter der Jugend kaum nicht unterschätzt soll. Man geht vor allem durch Gänse, angefeuert durch die Tatsache, daß der Nationalsozialismus auch in Skandinavien, Schweden und Dänemark auf dem Vormarsch ist, erreicht heute in der Jugend immer lebhafter der Gedanke einer Nordischen Schicksalsgemeinschaft.

Man fragt sich: Die Nordischen Völker sind gleichen Stammes, in Sprache und Sitte nahe verwandt. Sie sind die wertvollsten Völker. Sie dürfen nicht mehr untereinander streiten, sie alle sind ja doch gleichermaßen vom Untergang bedroht. Vereint wären sie unbesiegt. Das ist der rein idealistische Standpunkt, der nur die Klarheit des ewigen Naturgesetzes erschaut, das Gleich zu Gleich treibt.

In welchem Verhältnis steht nun der Nordische Gedanke zur gegenwärtigen Weltpolitik? Die Völker, die wir als „Nordisch“ bezeichnen, gehören vier Sprachstämme an: dem Deutschen, dem Niederländischen, dem Skandinavischen und dem Angelsächsischen.

Das Deutsche Volk bewohnt Deutschland, Dänemark, die Schweiz und teilweise Frankreich, England, Polen, die Tschechien, Rumänien und Amerika. Das Niederländische finden wir in Holland, Flandern, Südafrika, sowie teilweise in Niederländisch-Indien, Island, Schweden, Norwegen und Dänemark sowie Estland von Finnland und Nordamerika bis hin nach Brasilien, England, Australien, Nordamerika sowie Afrika und Afrika sind mehr oder minder angelsächsisch bestimmt. Die geschlechtliche Verflochtenheit der 4 Sprachgruppen ist hier nur flüchtig angedeutet: Jede der 4 Gruppen hatte einmal

ihren großen Machttraum. Deutschland den vom ausbreitenden deutsch-dänisch-schwedisch-langebärtigen Kaiserreich, Holland den einer Herrschaft über die Meere, — Dänemark suchte unter dem Großen ein skandinavisch-englisch-norddeutsches Großreich zu gründen, die Balas erstrebten für Schweden die Macht über das gesamte Ostgebiet und Deutschland. Englands Ziel ging dem der Holländer.

Ein Blick nach auf den innenpolitisch-geistigen Zustand innerhalb der vier Sprachgruppen. In Deutschland hat sich gegenwärtig der Nationalsozialismus in weitem Maße durchgesetzt. Folgen wir ihm in seinen Grundgedanken nach, so finden wir den Gedanken der Einheit seiner besten Geister, so kommen wir zu dem Schluss: Der Nationalsozialismus ist der politische Ausdruck des Nordischen Gedankens. Anfangs rein geistig, später bewußt gründete sich der Nationalismus auf den Nordischen Gedanken.

Das Niederländertum ist in Holland liberalistisch gestreift, in den skandinavischen Ländern gefährdet. Sein Lebensnerv liegt nicht in dem gebundenen Skandinavien, sondern in Flandern. Dieser von Frankreich und Belgien so umschlossen getrennte Teil des Niederländischen Welt ist empfindlich heute erkaunliche Engländer. Der „Deutsche Nationalsozialismus“ in Flandern ist wohl die Keimzelle einer künftigen großniederländischen Vereinigung auf Nordisch-nationalsozialistischer Grundlage.

Eigentlich der dritte Teil aller Skandinavier lebt außerhalb Skandinaviens. Mehrere Millionen sind in Amerika und haben — vor allem die Norweger — ihr Volkstum bewahrt. Alle drei skandinavischen Länder sind in gleicher Weise durch Liberalismus und Marxismus bedroht. Der schwedische Nationalsozialismus wächst überaus schnell heran, der dänische betritt den Kampfplatz

ebenfalls schon, in Norwegen flodert es. In allen 3 Ländern hat man Skandinavien als Endziel, darüber hinaus die kulturelle Ersassung der Völkerteile im Ausland.

Die Angelsachsen schufen sich in Großbritannien ein Weltreich, das aber völkertümlich so unheimlich ist, wie das römische Imperium es war.

Das Angelsächsentum ist die einzige der vier Nordischen Sprachgruppen, die heute eine weltpolitische Rolle spielt. Vielleicht gerade deshalb ist es rasch besonders bedroht. Es liegt heute gewagt, ist aber eine geschichtliche Notwendigkeit, daß die völlig in Liberalismus verunkelten angelsächsischen Völker einmal ihren grobangelächsischen Gedanken haben werden. Es wird sich vielleicht zuerst in den Dominions durchsetzen, zuletzt im Mutterland. — Die Vereinigten Staaten nehmen hier eine Sonderstellung ein.

Denn die nordischen Völker in den Vereinigten Staaten befinden sich rasch in Todesgefahr. Erhöht wird diese Gefahr noch durch den materialistischen Wirtschaftslage, in dem sich das gewaltige Land noch immer befindet. Es ist erschütternd zu sehen, wie besonders die angelsächsischen Teile der Bevölkerung ihrem gesunden Rassengefühl nur durch wüste nutzlose plötzliche Umwälzungen Luft zu machen wissen. Denn die Unzufriedenheit ist eine gefährliche, solange die herrschende liberalistische-freimaurerische-jüdische Regierungskastei sich in amerikanischen Hochschulen den gelben und schwarzen Spartakus feilschen lässt.

Dem Einfluß des Judentums unterliegt ungeschwiegender der Angelsache in Nordamerika sehr leicht. Der jüdische Angelsache, der allem Farbigem noch heute jenseit mit einem gesunden Wissen entgegentritt und für den es kein verächtlicheres Wort gibt als „Half Caste“, erkennt die Gefährlichkeit des verdecktesten unter den farbigen Gegnern, des Juden, weniger als andere Völker, die sonst ein minder ausgeprägtes Rassengefühl besitzen. In den Vereinigten Staaten wie überall ist der Jude Wegbereiter der farbigen Empörung. Wenn Amerika das nicht einseht oder einsehen will, wenn die Vereinigten Staaten sich nicht darauf besinnen, daß sie noch durch angelsächsischen, deutschen und skandinavischen Bevöl-

kungsteile überwiegend Nordisch bestimmt sind, wird das ganze Riesengebiet von innen heraus zerfressen werden und den Farbigen aller Schattierungen zum Opfer fallen. Daß Kanada durch das Schicksal der Vereinigten Staaten stets auf das engste mitbestimmt wird, bedarf wohl kaum der Erwähnung.

So sind die Geschicke der einzelnen Nordischen Völker heute so eng miteinander gefügt, daß jedes Glied, das bröckelt, die ganze Kette gefährdet. Gewiß kann man hier vom politischen Standpunkt aus einwenden, die großen Machtblöcke seien ja schließlich gegeneinander auspielbar. Man wird dabei besonders auf England und Japan weisen. Aber man vergesse nicht: Daß ist ein starker Kitt. Und alle Farbigen wittern, fürchten und haben vor allem in dem Nordischen Reigen den Herrn oder, wie sie es nennen, den „Unterdrückten“. Und gegen die Herren sind sich, solange die Welt steht, die „Drückten“ oder „Unterdrückten“ immer einig gewesen, wenn sie sich in den Endzielen auch noch so sehr unterscheiden.

Die Nordischen Völker haben dagegen nur eine Waffe: Sich auf ihr Verrentum zu besinnen, d. h. ihre Rasse rein zu halten und das orientalische Gleichgewicht zu halten, das ein Mindestwertigkeitseigenschaft ist, von sich zu weisen. Bedenkt es, daß alle Folge Beweisen eines gott- und schicksalgeordneten Verrentums wieder in den Nordischen Völkern zu finden, dann bricht über den Nordischen Trümmern der iranischen, griechischen, römischen und gotischen Reiche, über den schwachen Reiten von Wilhelm von Oranien und Gustav Wasas Werk, über dem Grab unserer großen mittelalterlichen deutschen Kaiser und über dem stankenden Nierenbau des angelsächsischen Weltreiches doch noch einmal ein neuer Tag des Verrentums herein.

Wer seien wir uns klar: Wir leben heute in der letzten Gnadenszeit, die der Nordischen Rasse vom Schicksal noch geschenkt wird. Wache uns, wenn wir sie ungenutzt verstreichen lassen!

*) Teilweise entnommen aus „Deutschlands Erneuerung“, Heft 7. Verlag: J. F. Lehmann München.

Saison-
Schluß-
Verkauf

Hinrichs & Bollweg

Sögestraße

Wachtstraße

Steintor

Saison-
Schluß-
Verkauf

Amtl. Bekanntmachungen

Die abhanden gekommene, am 10. März 1930 ausgeschnittene Zulassungsscheinung für den Personalausweis mit dem Erkennungszeichen S 2723, Eigentümer Walter Heinrich, Bremen, Sögestraße 239, wird für ungültig erklärt.
Polizeidirektion.

Warnung!
Trotz wiederholter Warnungen des Gaswerks verhalten immer wieder Pächter logenante Gasverrichtungen in die Gasse einzuweisen und finden dabei immer noch ungläubige Gasverbraucher, die sich auf solche Experimente einlassen. Angaben, daß die Vertreter der Gasverbraucher-Firmen vom Gaswerk geschickt seien, über das Gaswerk die betriebsförmige Reparatur unterstellt, habe und den Einbau empfehlen, sind in allen Fällen unzutreffend. Sollte ein Gasverbraucher mit seinem Herd oder Kocher unzufrieden sein und den Einbau von Sparbrennern in Erwägung ziehen, so wird ihm empfohlen, sich mit der Verwaltung des Gaswerks in Verbindung zu setzen, die jeden Tag feber Zeit gerne mit Rat zur Seite steht.

Anfang August finden Nebensitzungen für Vollen durch die Notungskommisionen des Vereins Bremischer Werkmännisch-Schmiedewerkstätten und des Bremer Herdverbraucher-Vereins statt. Anmeldungen sind mit genauer Standortangabe des Vollen bis Mittwoch, den 27. Juli 1932, vormittags 9 Uhr, in der Landwirtschaftskammer einzureichen. Mit der Anmeldung sind 5 RM. Vorkasse zu leisten. Die Nebensitzungen der Kammer vor der Sitzung 5 RM. Vorkasse zu zahlen.
20. 7. 1932. Landwirtschaftskammer.

Gerichtl. Bekanntmachungen

(Nr. 61.) In das Handelsregister ist eingetragen:

Am 20. Juli 1932.
Gaswerk Bad Seelen a. d. Werra Aktiengesellschaft, Bremen: In der Generalversammlung vom 25. Juni 1932 ist inbalt (118) der Aktien der Vergrößerung der durch die Verordnung vom 19. September 1931 außer Kraft gesetzten Bestimmungen der §§ 10 bis 14 und 24 c des Gesellschaftsvertrages über die Zulassung und Bestellung des Aufsichtsrates sowie über die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates beschlossen.

Land Dammowerte Aktiengesellschaft, Bremen: In der Generalversammlung vom 9. Juli 1932 ist inbalt (108) der Aktien der Vergrößerung der durch die Verordnung vom 19. September 1931 außer Kraft gesetzten Bestimmungen der §§ 14, 15, 17 und 21 des Gesellschaftsvertrages über die Zulassung und Bestellung des Aufsichtsrates sowie über die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates beschlossen.

Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Neptun“, Bremen: Die am Heinrich Bornmann erhaltene Prokura ist am 1. Dezember 1931 erloschen.

„Holland-Amerika-Gesellschaft“, Bremen: Die am Heinrich Bornmann erhaltene Prokura ist am 1. Dezember 1931 erloschen.

„Schiffahrt-Aktiengesellschaft“, Bremen: In der Generalversammlung vom 9. Juli 1932 ist inbalt (105) der Aktien der Vergrößerung der durch die Verordnung vom 19. September 1931 außer Kraft gesetzten Bestimmungen der §§ 14, 15, 17 und 21 des Gesellschaftsvertrages über die Zulassung und Bestellung des Aufsichtsrates sowie über die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates beschlossen.

Transmarina-Handels-Aktiengesellschaft in Hamburg, Bremen: Die Firma ist erloschen.

Armin Drischmann, Bremen: Der Vatermeister Armin Drischmann ist am 1. Juli 1932 als Gesellschafter ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Seitdem führt der Vatermeister Wilhelm Drischmann das Geschäft unter Übernahme der Aktien und Passiven und unter unveränderter Firma fort. Bremen: Die Firma ist erloschen. Von Amts wegen eingetragen.

C. Wehler u. Sohn, Bremen: Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. Januar 1932. Gesellschaftler sind: Der

Wahlversammlung

Heute Freitag, d. 22. Juli 1932 spricht
Pg. von Eichart
in
Hemelingen-Urbergen
bei Joh. Grothen. Anf. 20.30 Uhr. Eintritt 0.20, Erwerböl. frei
N. S. D. A. P. Ortsgruppe Bremen
Sektion Hemelingen

Zählermeister Johann Hermann Ernst Wehler und der Zählermeister Carl Ernst August Wehler, beide in Bremen, Geschäftsweg: Handel mit Barfett, Fußboden und Belegen von Barfett, Fußboden. Braunschwelgerstraße 126.
Ankle u. Hobber, Bremen: Die Firma ist erloschen. Von Amts wegen eingetragen.

A. Klingenberg, Bremen: Am 17. August 1931 ist die Witwe des Kaufmanns Christoph Franz Scheffler, Minna Marie Scheffler, geborene Kallmeyer, gestorben. Mit Wirkung ab 17. August 1931 ist das unter der Firma betriebene Geschäft mit Ausnahme des in der Steinstraße Nr. 10 betriebenen Geschäftszweiges des Büchsen- und Pfeilverkaufs auf den Kaufmann Ferdinand Franz August Scheffler mit dem Rechte zur Fortführung der Firma übertragen, der es seitdem unverändert fortführt. Die an Kurt Vogel erteilte Prokura bleibt in Kraft.

Franz Scheffler, Bremen: Inhaber ist der Kaufmann Franz Karl Heinrich Scheffler in Bremen, Geschäftsweg: Büchsen- und Büchsen-Betrieb. Steinstraße 10.
Hans Sommer, Bremen: Die an Ferdinand Carl Friedrich Kollra erteilte Prokura ist erloschen.

H. Fehrmann Nachf., Bremen: Am 15. Juli 1932 ist der Kaufmann Erich Brandes in Bremen als Gesellschafter eingetreten. Die Prokura des Erich Brandes ist seitdem erloschen.

Amtsgericht Bremen.

In das Güterrechtsregister ist eingetragen:
Am 20. Juli 1932
Der Eigentümer Gerd Hoff hat seiner Ehefrau Anna, geb. Behling, Wegelstraße 54, das Recht der Schlüsselgewalt entzogen.

Amtsgericht Bremen.

In das Vereinsregister ist eingetragen:
Am 27. Juni 1932
Der Verein „Ortsgruppe Vegesack und Kreis Blumenthal (Unterwerder) des Reichsbundes Deutscher Schiffschüler e. V.“ mit dem Sitz in Vegesack.

Amtsgericht Bremen.

Ueber das Vermögen der „Gala Bremer Werbe-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“, früher Dagemeier u. Koller, Annen- und Erbsiedlung und Werbeberatung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bremen, Langenit. Nr. 117 2. Etage, ist heute nachmittag 5.40 Uhr, der Konkurs eröffnet und der Rechtsanwalt Dr. Hans Roltenius, Bremen, Sögestraße 46, ist zum Verwalter ernannt worden.

Amte, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Aufhebung, nichts an die Gemein-schaftsleiterin zu verfahren oder zu leisten, sowie von ihrem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie etwa aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Verwalter bis zum 1. September 1932 Anzeige zu machen.

Zur Anmeldung der Konkursforderungen, die bei dem Gerichte schriftlich oder an der Geschäftsstelle (Gerichtshaus, Zimmer 111) zu Protokoll unter Angabe des Forderungsgrundes und etwa beantragten Vorrechts sowie unter Beifügung der Unterlagen erfolgen muß, ist die Frist
bis 1. September 1932
beendet.

Es ist Termin anberaumt zur Gläubiger-Versammlung zwecks Befriedigung gemäß §§ 110 und 132 Konkursordnung auf

Zu verkaufen

4/16 Limousine
billig abzugeben.
Nachfragen auf
Roland 1380

1 Fahrrad

mit Freil. rot. Gu.
2 Jahre Garantie
für RM. 36.-
nur Fedelhören 57

Verschiedenes

Dacharbeiten
weit unter Preis
Ang. u. AB 113 b.V.

Jetzt auch Osterstr. 7

Käse- und Fettwarenhaus
Heinr. Joh. Behnen

Für den billigen Einkauf
das leistungsfähige Spezialhaus

Haushalt-Margar. Pfd. 25.4	Fr. deutsch. Landeier 10 St. 58.4
Harz. Bauernkäse, Stck. 5.4	Harzer t. Staniel, 6 St. n. 9.4
Palmfett. 1 Pfd.-Tafel 28.4	Kochkäse, 1 Pfd.-Dose 30.4
Amerik. Schmelzkäse 36.4	Deutsch. Schmalz, Pfd. 40.4
Harzer in 1 Pfd.-Kiste 25.4	Camembert, vollf. 3 Stck. 48.4
Schweiz. Käse, vollf. Pfd. 1.03	Oldbg. Markenbutter, Pfd. 1.28
Holl. Käse, vollf. Pfd. n. 60.4	Tilsiter Käse, vollf. Pfd. n. 73.4

Bremen: Am Doventor 12a, Vor d. Steintor 133, Vegesackstr. 59, Kornstr. 102, Nordstr. 242, Hast. Heerstr. 271, Hemelingen: Bahnhofstr. 6, Delmenhorst: Langestr. 101, Vegesack: Gerh. Rohlfstr. 70, Blumenthal: Mühlenstr. 65

Hotel „Grauer Bär“

Größtes Pensionshotel am Platz mit 250 Betten, Garage. NBS. liegt ans.

INNSBRUCK, TIROL

Stadttheater

Das Tagesgespräch in Bremen

Der sensationelle Operetten-Erfolg
Die Blume von Hawaii

Wunderlich köstlicher Jubel und nicht endenwillender Beifall hervorgerufene ständige Begehung
Prämierte Ausstattung
ca. 100 Mitwirkende

Städtisches Orchester
38 Musiker
verstärkt durch die modernsten Jazz-Instrumente

täglich abends 20 Uhr
Billigste Sommerpreise:
Mk. 0.50 bis 3.70
einschl. Garderobengebühr
Vorverkauf täglich v. 10.30—1.30 und 5.30—7.30 Uhr.

Geräucherten LACHS

In kleinen Stücken

Geräucherte Aale

Verkauf täglich 5-6 Uhr nachm.

Lachs räuchererei

Großenstraße

Das Haus ohne Vorgarten

EGGERS
Schönhausenstraße 32
Landwehrstraße 55, Weser 827 12

Für Butter die richtige Quelle!

Molkerei-Butter

vom Besten das Beste
Pfund nur 1.20

Pflerlinge 2 Pfund 95.4

Große Bohnen 65.4
weich wie Butter, mit Bohnenkraut gratis 2 Pfund
Ananas gezeichnet in Dosen, 8 dicke Scheiben
sowie alle anderen Konserven
z. T. zu und unter Fabrikpreisen
Es wurde sich empfehlen, sich rechtzeitig mit Konserven einzudecken.

Sichere Dein Heim!

Jedes gewöhnliche Schloß wird z. hochwertig. Sicherheits-schloß billig umgearbeitet.

Hans W. Block
Busestr. 90

Hitler-Schallplatte

eingetroffen

Brauner Laden
Bahnhofstraße 1

Kauf

NUR bei

unseren Inferenten!

Bekanntmachung!

Wir schlachten heute:

100 kg. Hühner Pfd. 70.4
100 kg. Hühner Pfd. 65.4
250 kg. Mastküken Pfd. 85.4
Jg. Enten und Gänse Pfd. 95.4

ferner empfehle ich täglich frisch:
Oldenburger Trinker mit Stempel
Oldenburger Molkereibutter Pfd. 1.20

Wir liefern täglich frei Haus
Wild- u. Geflügelhandlung

OEWERDIECK

V. d. Steintor 174 - Hansa 430 97
nur gegenüber Lübeckstr.
Hallestraße St. Jürgenstraße

Hier wirbt der Fleischermeister!

Feine Fleisch- und Wurstwaren zu den billigsten Tagespreisen
Fr. Dammann
Vasmerstr. 18 / Domsheide 27767

Fleisch- und Wurstwaren nach süddeutscher Art
Heinz Sixt, Schlachtere
Kl. Helle 41
Fernruf: Weser 647 59
Jeden Sonntag Münchener Fleischwaren auf Bestellung

Vof
Gerhardstraße 1
Telefon Domsheide 29602
Jede Bestellung frei Haus

Dorus de Vries
Wulvestr. 28-29, Domsch. 26415
Empfehle meine prima Fleisch- und Wurstwaren zu den allerbilligsten Tagespreisen

Frischfleisch nur beim Fleischermeister

Ochsen-, Kalb- und Schweinefleisch

ff. Aufschnitt zu soliden Preisen

Fleischermeister Otto Conradt
FALKENSTRASSE 35a
Fernruf Weser 853 38

Paul Schurig, Bremen
Vor dem Steintor 59-61, Tel. Hansa 41474
Fabrik
feiner Fleisch- und Wurstwaren
ff. Aufschnitt, garnierte Schüsseln
Eigene Kälber
Alle Waren werden bei Haus geliefert

Martin Behrbom
V. d. Steintor 222, Ecke St. Jürgenstr.
Ochsen- und Schweinefleisch
Spez. ff. Aufschnitt und Wurstwaren zu den billigsten Tagespreisen.

Kauft nicht im Warenhaus!

Das ist das Ende der Abrüstungskonferenz!

Völliger Wirrwarr in Genf

Deutschland nimmt nicht mehr teil.

Genf, 21. Juli. In der im Hauptsaal der Abrüstungskonferenz am heutigen Donnerstag nachmittags einsetzenden abschließenden Aussprache über die Vertragsschließung (Befehl) und der sich daran anschließenden Abstimmung wird der Führer der deutschen Abordnung, Botschafter Radolow, gleich zu Beginn eine Erklärung abgeben, nach der die deutsche Abordnung, an der Durchberatung und Abstimmung der einzelnen Teile der Vertragsschließung nicht teilnehmen wird. Die Ablehnung der Vertragsschließung wird von deutscher Seite erscheint selbstverständlich. Die deutsche Abordnung behält sich vor, vor der Schlussabstimmung über die Gesamtschließung eine Erklärung über den grundsätzlichen deutschen Standpunkt abzugeben.

Auf deutscher Seite wird die Lage dahin beurteilt, daß eine Stellungnahme der Abrüstungskonferenz zu der deutschen Gleichberechtigungsforderung auf der gegenwärtigen Tagung der Konferenz nicht mehr zu erzwingen ist. Eine große Aussprache über die deutsche Gleichberechtigungsforderung wird im Interesse der Würde und des Ansehens des deutschen Volkes nicht für tragbar angesehen, da man es für völlig unangebracht hält, daß sämtliche Mächte, auch den kleineren Staaten die Möglichkeit gegeben wird, zu der deutschen Gleichberechtigungsforderung ihren Standpunkt darzulegen. Man fordert auf deutscher Seite vielmehr, daß eine verbindende Stellungnahme der Konferenz herbeigeführt werden muß. Man verteilt auf deutscher Seite die Auffassung, daß die Stellungnahme der Großmächte zu der Gleichberechtigungsforderung jetzt in kürzester Zeit herbeigeführt werden muß und daß die Mitarbeit der deutschen Abordnung an der zweiten Etappe der Abrüstungskonferenz, nur unter der Voraussetzung möglich ist, daß die deutsche Gleichberechtigungsforderung bis dahin uneingeschränkt Anerkennung finden muß.

Abstimmungstheater

Genf, 21. Juli. Die große Sitzung des Hauptsaales der Abrüstungskonferenz nahm einen ungewöhnlich hüftmässigen Verlauf und führte unmittelbar zu scharfer Zusammenstoß und Zwischenfällen. Der italienische Luftfahrtminister Balbo, einer der englischen Mitarbeiter Mussolinis und seit der letzten Abrüstungskonferenz Führer der italienischen Abordnung für die Abrüstungskonferenz, gab unter größter Spannung eine ungewöhnlich deutliche Erklärung, die die Ablehnung der Vertragsschließung von italienischer Seite darstellte. Balbo erklärte, daß er an der Abstimmung über die einzelnen Teile sowie an der Gesamtschließung nicht teilnehmen, da die italienische Regierung die bisherigen Arbeiten der Konferenz als erfolglos ansieht.

Botschafter Radolow gab eine knappe gefühlvolle Erklärung ab, daß die deutsche Abordnung an der Durchberatung und Abstimmung der einzelnen Teile der Vertragsschließung nicht teilnehmen und ihren grundsätzlichen Standpunkt vor Schluss der Aussprache bei der Schlussabstimmung abgeben werde.

Es kam dann zu einem neuen scharfen Zusammenstoß zwischen Henderson und Litwinow. Präsident Henderson stellte den Änderungsantrag Litwinows zu der Präambel, nach dem im Gegensatz zur Vertragsschließung die Annahme des Hoover-Vorschlages auf eine Herabsetzung aller Waffnungen um ein Drittel vorgeschlagen wird, in der Form zur Abstimmung, daß lediglich über die Präambel der Vertragsschließung als solche abgestimmt werden sollte. Litwinow protestierte aus scharfsten gegen diesen allzu offensichtlichen Versuch, eine Stellungnahme der einzelnen Mächte zu seinem auf dem Hoover-Vorschlag aufgebauten Antrag zu vermeiden. Ueber die wiederholten heftigen Proteste Litwinows ging Henderson glatt hinweg. Die Abstimmung verlief in größter Verwirrung und Eile und verlief sich schließlich in vollständigen Wirrwarr. Nach längerer Fäulung stellte Henderson fest, daß vierzig Stimmen für die Aufrechterhaltung der Präambel, wie sie im Vorschlag vorgesehen ist, und fünf Stimmen gegen, bei sechs Stimmenerhaltungen abgegeben worden seien. Die Vertreter Deutschlands, Italiens und zahlreicher kleinerer Mächte enthielten sich der Stimme.

einen Landstreicher, der keiner Partei angehört und der zufällig in dem Lokal anwesend war, in dem die kommunistische Versammlung stattfand. Der Täter trug in der Kleidung verdeckt ein nationalsozialistisches Abzeichen, hatte aber nach einer Zeigenauslage am Tage vor der Tat verstreut, sich auch noch ein kommunistisches Abzeichen zu beschaffen. Die Tat geschah, nachdem der Amtsvorsteher den Landstreicher wegen seines Verhaltens und Umherstreifens verwahrt hatte.

Rasche Wirkung

Karlsruhe, 21. Juli. In einer Pressesprechung erklärte Staatsminister Dr. Schmitt, daß die bayerische Regierung mit großer Strenge alle Maßnahmen bis zum Wahltag und den darauffolgenden Tagen durchzuführen werde, um Unruhen zu verhindern und dadurch der Reichsregierung den Vorwand für ein Eingreifen, wie dies jetzt in Preußen geschehen sei, zu nehmen. Weiter wird Baden von der Reichsregierung erneut das Unruhenverbot auf schriftlichem Wege verlangt.

Es werde alle Notverordnungen, die von Berlin kommen, unverzüglich durchzuführen, auch wenn sie gegen den Inhalt Bedenken politischer oder rechtlicher Art hege.

Kanzler ruft die Ministerpräsidenten nach Stuttgart

Stuttgart, 21. Juli. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: Reichskanzler von Papen hat die Ministerpräsidenten der deutschen Länder auf Sonnabend, den 23. Juli, zu einer Besprechung in das württembergische Staatsministerium nach Stuttgart eingeladen.

Weltreichskonferenz in Ottawa eröffnet

Ottawa, 21. Juli. Unter Entfaltung großen militärischen Prunkes wurde Donnerstag die Wirtschaftskonferenz des englischen Weltreichs von Lord Bessborough, dem Generalgouverneur von Kanada, im Parlamentsgebäude von Ottawa eröffnet.

Nachdem der Generalgouverneur und der kanadische Ministerpräsident Bennett gesprochen hatte, betonte dann Baldwin im Namen der englischen Regierung die große Erwartung, die man im ganzen englischen Weltreich auf die Konferenz setze. Die Klärung der Frage, ob man den Weltreichshandel verstärken wolle und könne, werde sich aus vorteilhaft für die Rohmaterialienpreise und den Weltmarkt auswirken.

Kleine Politik

Bayern und Baden haben das Eingreifen der Reichsregierung in Preußen zum Anlaß genommen, beim Staatsgerichtshof Klage gegen das Reich zu erheben.

Der Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke hat den Vorsitz in der Verhandlung Preußen — Reich am Sonnabend selbst übernommen.

Ungarn und Estland haben sich entschlossen, dem englisch-französischen Verleumdungsabkommen beizutreten.

Der amerikanische Präsident Hoover unterzeichnete eine Vorlage, nach der weitere 1,5 Milliarden für Kredite zur Hebung des Arbeitsmarktes zur Verfügung gestellt werden.

Parteibuch-Preußen wird ausgeräumt

Berlin, 21. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund der Verordnung betr. die einseitige Vergebung unmittelbarer Staatsbeamten in den Ruhestand werden unter Beobachtung des gleichzeitigen Parteibuchgesetzes sofort einwirkend in den Ruhestand versetzt.

Der Staatssekretär Dr. Abegg, der Ministerialdirektor Dr. Babi (der Dr. Babi erteilte Auftrag, die Klage der bisherigen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof betr. die Rechtsanfertigung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zu vertreten, bleibt bestehen), der Staatssekretär Dr. Staubinger, der Staatssekretär früher, die Oberpräsidenten: a) der Provinz Niederschlesien, Staatsminister a. D. Videmann, b) der Provinz Sachsen, Dr. Jald, c) der Provinz Schleswig-Holstein, Kitzis, d) der Provinz Hessen-Nassau, Haas; die Regierungspräsidenten: Dr. Fritzer, Frankfurt-Oder; Simons, Magdeburg; Weber, Magdeburg; von Harand, Merseburg; Dr. Herbst, Ansbach; Dr. Amelungen, Regensburg; die Polizeipräsidenten: Eiken, Königsberg i. Pr.; Dietrich, Kiel; Rautenbach, Köln; Krügel, Elbing; Schöbel, Cöpenhagen; Gohensein, Kassel; Offmann, Osnabrück; Eggenstedt, Altona; die Polizeidirektoren: Polizeipräsident Rai, Wilhelmshaven; Dr. Ziemann, Schneidemühl.

Somit eine Reuebefragung der freigeordneten Stellen erfolgt, wird dabei vorzugsweise auf Parteibuchbeamte zurückgegriffen werden. Soweit die Stellen durch aktive Beamte neu besetzt werden, werden entsprechende Stelleneinparungen vorgenommen werden.

Sonnabend Verhandlung in Leipzig

Leipzig, 21. Juli. Ministerialdirektor Dr. Babi hat heute die Klage der alten preussischen Regierung gegen die Eingekennung eines Staatskommissars und gegen die Maßnahmen der Reichsregierung in Preußen beim Staatsgerichtshof abgegeben. Der Staatsgerichtshof hat Termin zur Verhandlung über den geforderten Erlass einer einseitigen Verfügung auf Sonnabend, den 23. Juli, 10.30 Uhr, festgesetzt.

Der Inhalt des preussischen Antrages geht da-

hin, daß der Reichsregierung unterlag werde, vor der endgültigen Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Verfassungsmäßigkeit oder Verfassungswidrigkeit ihres Vorgehens gegen Preußen irgendwelche Maßnahmen zu treffen. Der Sinn ist der, daß die Reichsregierung vor der Entscheidung der Verfassungsmäßigkeit ihres Vorgehens nicht gegen Preußen handeln könne. Der eingeklagte Reichskommissar könnte also so lange nicht in Wirkung treten.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat sich der vom alten preussischen Staatsministerium erhobenen Klage und dem Antrag auf Erlass einer einseitigen Verfügung angeschlossen. Sie macht die Anträge der preussischen Regierung zu ihren eigenen.

Strafantrag gegen Grzesinski, Weiß und Heilmannsborg

Berlin, 21. Juli. Gegen Grzesinski, Weiß und Heilmannsborg ist auf Grund des Paragraphen 3 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli über den militärischen Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg von den zuständigen Stellen Strafverfolgung gestellt worden. Der Paragraph 3 sieht bekanntlich für Zuwiderhandlung gegen Anordnungen des Militärbefehlshabers Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15.000 RM vor.

Heilmannsborg wieder verhaftet

Berlin, 22. Juli. In den frühen Morgenstunden wurde der frühere Polizeikommandeur Heilmannsborg, der Polizeimajor Enke und das Reichsbannermitglied Karlberg in Haft genommen, da sie im Verdacht der Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli stehen.

Gegen die Volksverbrecher

Berlin, 20. Juli. Wegen Druckerlegung zum Verstoß auf offener Hand Flugblätter in der Drucker der „Noten Fajne“, ist in der Nacht zum Donnerstag die Drucker der „Noten Fajne“ polizeilich gefolgt worden.

Polizeistreife beschossen

Essen, 21. Juli. Am Donnerstag früh wurden in Stadtfeld Vorbe auf eine Schutzpolizeistreife von einer etwa 20 Mann starken Klebstolonne der Kommunisten 15 Schüsse abgefeuert, die fehlgingen. Bei der Verfolgung der Täter wurden die Beamten an einer Eisenbahnunterführung ebenfalls beschossen, worauf das Feuer erwidert wurde. Von den Beamten wurde niemand verletzt. Ob es bei den kommunistischen Verlegungen gegeben hat, steht noch nicht fest.

An verschiedenen Stellen der Stadt kam es wieder zu Überfällen, bei denen insgesamt fünf Nationalsozialisten von Marxisten mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Blechfront schießt

Homburg, 21. Juli. In den Mittagsstunden des Donnerstag kam es auf der Duisburger Straße in Homburg zu einem Überfall auf Nationalsozialisten durch Anhänger der Eisernen Front, wobei gefolgt und mit Zornlaternen, Stöcken und anderen Schlagwerkzeugen gegen den Gegner vorgegangen wurde. Als die Polizei erschien, flüchteten die Angreifer in die Nebengassen. Die Polizei stellte bisher sechs Verletzte fest,

und zwar einen Schuß- und einen Hiebverletzten bei den Nationalsozialisten und einen Schuß- und drei Hiebverletzte bei den Anhängern der Eisernen Front.

Amtsvorsteher von Zingst ermordet

Straßburg, 21. Juli. Am Mittwochabend wurde im Hiseebad Zingst der Amtsvorsteher Köthur ermordet. Köthur war zu einer kommunistischen Versammlung gegangen, um diese zu überreden. Als er einen kommunistischen Ruheförder zur Ruhe ermahnt hatte, verließ er den Saal und ging in das gegenüberliegende Schiffshebewerk. Der Ruheförder folgte ihm und verlegte ihm einen Messerstoß in den Kopf. Köthur war sofort tot. Der Kommunist flüchtete, wurde aber kurz darauf verhaftet. Er weigerte sich, seinen Namen anzugeben. Köthur war als ruhiger und besonnener Mann bekannt, der niemals politisch hervorgetreten ist.

Die Untersuchung der Mordtat

Straßburg, 21. Juli. Wie die Untersuchung der Mordtat auf dem Amtsvorsteher in Zingst und ein am Donnerstagabend abgehaltener Beamtentag ergab, handelt es sich bei dem Täter um

Dr. J. Goebbels = Berlin

H. Oberlindober = München

sprechen am Montag, den 25. Juli 1932 im

Anfang 20.30 Uhr

Eintritt Mk. 0.50, Erwerbstose Mk. 0.20 (an der Kasse)

N. S. D. A. P. (Hitler-Bewegung) Ortsgruppe Bremen



„Casino“

Der Soldat des Weltkrieges ist der erste Bürger des Staates

Tagung des Reichsverbandes und Zentralverbandes in Bremen

Galt sie beim Wort! Bremer Kriegsgesopfer!

Lügner und Schwindler machen in Wahlschriften Anklage der überaus stark besuchten Reichstags- tagung des Reichsverbandes Deutscher Kriegsgesopfer- schädigter und Kriegshinterbliebener e. V. und des Zentralverbandes Deutscher Kriegsgesopfer- schädigter und Kriegshinterbliebener e. V., deren Verbände gestern abend zu einer mächtigen Protestver- sammlung gegen die Notverordnungsmaßnahmen der Regierung aufgerufen hatten, wurde folgendes Tages-Programm aufgestellt, das den Mittelpunkt der Vertretung der Teilnehmer darstellte, und geeignet ist, den Betrag der unterschätzten Parteien auf den ersten Blick zu entlarven:

Das Flugblatt lautet:

Bremer Kriegs- und Arbeitsopfer!

Wie oft habt Ihr gegen den Leistungsabbau durch die Notverordnungen protestiert, wie vertraut Ihr den Worten aller bisherigen Regie- rungen, die alle viel versprochen, und Eure Le- benshaltung dauernd verschlechtert! Auch in Bremen ist die Parole der Sozialdemokratie und Pfaffenkirche, „von den unentzerrlichen Soziallasten“ aufgenommen. Nichts als der Abbau der Unter- stützungslage, Fortfall aller Nebenleistungen, wie Gas, Licht, Kleiderbeihilfen, Herabsetzung der Mietbeihilfen, Einschränkung der ärztlichen und Anstandsbehandlung, das sind die katastrophal-

Wir müssen aus,
Deutschland wird frei,
Wählt Liste 2!

len Maßnahmen der bremischen Regierung, die damit beweisen will, daß der Ruf der herrschen- den Minderregierung verstanden wurde! Um uns tobt ein wildes Wahlgelächter, die Herren vom B. Reich trommeln — „ach, uns so vertraute Klänge wie anno 1914! Ein aus vielen Partei- programmen geformtes Gebilde wird von fanati- schen, dervogelichten Menschenmassen als Heils- lehre, als Weg zur Erleuchtung und zum Ansehen! Wir, verflümmelt und krank geworden im Stahlgeld des Krieges“ oder im Joch der Arbeit für die Interessen des Kapitals, lassen uns durch diese Eitengefänge nicht betören. Wir wissen, daß der große Wolf mit der wieder großhändig- aus geworbenen Offiziersmütze uns nur Gend und Unterdrückung bringen können. Deshalb unsere ganze Kraft der Wehr dieses Herren- menschen und der realistischen Verordnun- gen. Wollen wir die Schwächung unserer Ein- heit erkranken, ist zunächst die Einheit der Front aller Kriegs- und Arbeitsopfer das dringende Gebot der Stunde!

Organisiert Euch zur Erreichung dieser Front im Allgemeinen Verband der Kriegs- und Arbeitsopfer Deutschlands, Ortsgruppe Bremen.

Und am 31. Juli 1932 ist Wahltag!

Alle Stimmen den Arbeiterpartei!

SPD Liste 1! SPD Liste 2! SPD Liste 3! SPD Liste 4! SPD Liste 5! SPD Liste 6! SPD Liste 7! SPD Liste 8! SPD Liste 9! SPD Liste 10! SPD Liste 11! SPD Liste 12! SPD Liste 13! SPD Liste 14! SPD Liste 15! SPD Liste 16! SPD Liste 17! Diese Schreiber bekommen es also tatsächlich fertig, die Nationalsozialisten für Maßnahmen der bremischen Regierung verantwortlich zu machen, die wie jedes Schundstück, auch gar nichts mit den Nationalsozialisten gemein hat, vielmehr von den Nationalsozialisten in ihren Maßnahmen wiederholt (erst gegen, Schlachtfeldverletzungen) angegriffen worden ist. Dabei sitzt die SPD selbst in der Regierung drin. Aus jeder Zeile des Auftrages spricht nur die Angst vor der Abrechnung des Volkes und das greifen sie zu den plumpsten Wahlschlügen.

Fine Frage: Wo haben denn diese Parteien gegen die Interessen des Kapitals gearbeitet? Für das die Kriegsgesopfer gefallen sein sollen.

Wo waren sie, als Bräutigam die Notverord- nungen ertief?

Besonders der Reichsbund, jene unter dem Ein- fluß der SPD stehende Organisation. Gewiß auch damals schrien sie: fort mit der Notver- ordnung. Das taten sie nur vor den Augen ihrer Nachläufer, um sie bei der Stange zu halten und Bräutigam unterstützen sie. Heute rufen sie eine Notverordnung an, loben gegen sie und morgen, d. h. nach der Wahl, sagen sie wieder: wir müssen die Notverordnung unterstützen, da- mit die Nazis nicht zur Macht kommen.

Es ist immer das gleiche Spiel. Sie rechnen mit einem schwachen Gedächtnis ihrer ehemaligen Gewähr.

Wir Kriegsgesopfer schreiben ihnen ins Lügen- gesicht:

Wir haben Euch noch nicht vergessen. Wir werden an Euch am 31. Juli denken.

Unsere Stimme gehört darum den National- sozialisten.

Kriegsgesopfer Bremens, die den Betrug und Zug erkannt haben.

Wer unserer Bewegung helfen will, spendet für den Opferbund der NSDAP, Bremen. Einzahlungen an Konto: Opferbund der NSDAP, Deutsche Antiquariaat, Bremen.

Kriegsgesopfer! Kriegshinterbliebene. Volk! Ihr untätig sein? Daraus zum öffentlichen Waffenprotest lautete ein Aufruf der Arbeits- gemeinschaften der Kriegsgesopferorganisationen des Reichsverbandes Deutscher Kriegsgesopfer- schädigter und Kriegshinterbliebener, Sitz Ber- lin e. V., Ortsgruppe Bremen, die den Aufruf für eine Tagung beider Verbände vom 21. bis 27. Juli in Bremen bilden sollte.

Viele hundert ehemalige Frontkämpfer, Kriegs- geschädigte und Kriegshinterbliebene waren dem Ruf der Verbände gefolgt und befanden in einer einmütigen angenommenen Entschließung ihren Abwehrwillen gegen die Notverordnungsmaß- nahmen der Regierung. Zurufe verzweifelter Volksgenossen wurden laut, deren Gedanken in vier Referaten von Führern der Verbände ihren Ausdruck fanden.

Der Verbandsvorsitzende Dietrich Lehmann, Berlin (Reichsverband), eröffnete die Kundge- bung, sprach von der Empörung und dem Auf- schrei, die unter den Kriegsgesopfern durch die jän- glichen Notverordnungen Platz gegriffen haben, von den Opfern, die die Kriegsgesopfer dem Vater- lande gebracht haben, forderte schließlich die Aufhebung der Notverordnungen und rief zu einer einheitlichen Front der Kriegsgesopfer gegen- über einer zukünftigen Regierung auf.

Die Not der deutschen Kriegsgesopfer ruft uns als Mahner des Gewissens der deutschen Nation.“ Jene Worte richtete im Namen der Kriegshinter- bliebenen Frau Götting, Düsseldorf, an die Massenversammlung. Die letzten Ereignisse for- derten zum lebendigen Protest heraus. Mitter- spruch sie aus: Man mecht, daß man vom deut- schen Volke nicht mehr verstanden wird. Jüngst tritt die unangenehme öffentliche Meinung. Wo blieb die Einlösung aller Versprechen? Statt dessen kommen die Notverordnungen. Wir sind zum Verhandlungsobjekt geworden, abhängig von einer Ministerialbürokratie. Die Notverordnun- gen zur Sprengung des Familienlebens und Ver- schlingung der Freude des Kulturbereichs. Die Wehrkraft behandelt dann einseitig die Aus- wirkungen des Rentenabbaus, auf die seelische Entwicklung der Kinder der Kriegerväter.

Die letzte Notverordnung hat unser inneres Sein berührt. (Zuruf eines Versammlungsteil- nehmers: Der Dant des Vaterlandes ist Euch gewiß.) Unsere Gefährten kämpfen im Glauben an das Volk und Freiheit.

Sie klagen an!

Die Opfer des Krieges, unter diesem Motto stellte Frau Barth, Borna i. Sa., ihre Anschäu- rungen über den Abbau der Versorgung, die den Kindern mit dem 15. Lebensjahre alles raubt. Wenn es um ihr Kind geht, steht die Mutter zur Wehr. Wir verlangen vom deutschen Volke mehr Achtung. Deshalb ist Einheit der Kriegs- opfer nötig.

Macht muß zum Ziele führen

Zur Einheit der Kriegsgesopfer rief abschließend auch der 1. Vorsitzende des Zentralverbandes Karl Butterbrodt, Berlin, auf.

Das Zeitalter der Notverordnungen zerrt uns mit Gewalt zum Abgrund des Vaterlandes. Er be- tonte, daß die Notverordnungspraxis von den

Feinden des Reiches gestiftet wird und forderte zum Zusammenschluß der Verbände, zur Kampf- organisation auf.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung: Wir haben für das ganze Volk geopfert. Wir wollen eine Kulturturnation bleiben.

Entschließung

Die im großen Saale der „Union“ zahlreich versammelten Kriegsgesopfer und Kriegshinter- bliebenen der in Verschmelzungsverhandlungen stehenden Verbände Reichsverband Deutscher Kriegsgesopfer und Kriegshinterbliebener und Zentralverband deutscher Kriegsgesopfer und Kriegshinterbliebener erheben schärfsten Einspruch gegen das den Kriegsgesopfern durch zahlreiche Not- verordnungen und Sparmaßnahmen der Reichsre- gierung zugefügte Unrecht. Schwer enttäuscht sind sie insbesondere darüber, daß entgegen der in der Presse laut verbreiteten Auffassung des Herrn Reichspräsidenten, keine weiteren Rentenvergrün- gungen bei den Kriegsgesopfer und Kriegshinter- bliebenen ausfallen, doch wiederum schwere Ein- griffe in das Versorgungsrecht durch die Notver- ordnung vom 14. Juni 1932 erfolgt sind. Sie wenden sich mit besonderer Nachdruck auch gegen die wiederum in Erziehung getretene Frei- führung der öffentlichen Meinung und erklären, das von angeblich „allmählichen Veränderungen“ des Versorgungsrechts durch die genannte neue Notverordnung nicht im entferntesten die Rede sein kann. Mit aller Deutlichkeit ist festzustellen, daß die größte Mehrheit der 400 000 versorgungs- berechtigten Kriegerväter entzweit und in ihrer Berufsausbildung aus schwerer Gefahr bedroht wird.

Ganz abgesehen davon, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Berufsausbildung fast unmöglich machen, stellt der Entzug der Rentenversorgung mangels einer Berufsausbildung ein untragbares Unrecht dar. Auf neue wird hierdurch die an- erkannte schon bislang sehr beschränkte Lebenshaltung der Kriegshinterbliebenen weiter geschränkt. Jüngst kommt, daß die Organe der öffentlichen Fürsorge durch die Einengung der fürsorgelichen Leistung die vorhandenen Härten des Lebenswegs ausgleichen, sondern im Gegenteil noch verschärft werden. Es bestehen auch zahl- reiche andere Unbilligkeiten und drückende Här- ten fort.

Nachdem sowohl der 16. Ausschuss des Reichs- tages für Kriegsgesopferfragen wie auch das anti- lische Gutsachtergremium des Reichsarbeitsministe- riums, der Reichsausschuss der Kriegsgesopfer und Kriegshinterbliebenenfürsorge, einmütig fest- gestellt haben, daß eine Verringerung der Härten unzulässig ist, ermahnt die Versammlung be- stimmt, daß die Reichsregierung unverzüglich Maßnahmen zur Verringerung der Härten mehr verhängenden Not der Kriegsgesopfer und Kriegshinterbliebenen durchzuführen.

Für den blühenden Fortschritt der Arbeitsgemeinschaft energigefüllten Kampfes gegen die Notverord- nungen und Forderung der Verbesserung der Ver- hältnisse bricht die Versammlung den Ver- bandseinsatz der Verbände Anerkennung und Dank aus. Sie fordert die Verbände auf, ihre Anstrengungen womöglich noch zu verstärken, um endlich eine Wendung des tragischen Schicksals der Kriegsgesopfer zum Besseren zu erreichen.

Wir stellen fest:

hätte, wenn das Versorgungswesen — als ein in sich geschlossenes Ganzes dem Reichswirtschafts- ministerium angegliedert gewesen wäre. Dann wäre wohl niemand auf den Gedanken gekommen, die Kriegs- opfer, „Versorgung“ den Sozialversicherungen „an- zuweisen“.

Ein am 20. 12. 14 gefallener Student schrieb am 8. 10. 14: „... wir kämpfen für unser Volk und vergießen unser Blut und hoffen, daß die Heberbeiden unserer Opfer würdig sind. Es ist für mich der Kampf um eine Idee, die Rota Mor- gana eines reinen, treuen, christlichen Deutschlands, ohne Schlichtheit und Trug.“ Und am 30. 11. 14 schrieb der gleiche Frontkämpfer: „... ich will kämpfen und vielleicht auch sterben für den Glauben an ein schönes, großes, erhabenes Deutschland, in dem Schlichtheit und Eigenart verbannt, wo Treue und Ehre wieder in die alten Rechte ein- gesetzt sind.“

So dachten alle, gleich ob sie nichts ihr eigen nannten, ob sie ein Haus mit Weib und Kindern, eine alte Mutter, einen auf Hilfe angewiesenen Vater zu Hause hatten, ob sie Arbeiter, Student, Kaufmann, Professor waren, in dem Glauben waren sie eins: Für die Nation, für unser Vater- land.

2 Millionen fielen für die Idee, Millionen bluteten und opfereten ihre Gesundheit dafür.

Was würden die 2 Millionen Toten zu diesem heutigen Deutschland sagen? Notverordnungen, Notverordnungen für Kriegsgesopfer. Haben wir nicht über 4 Jahre das Schicksal geopfert, was Men- schen zu opfern vermögen? Haben wir nicht ein Recht, Holz zu sein auf diese Opfer, haben wir aber nicht auch das Recht und die ersten Bürger

des Staates zu nennen, haben wir nicht auch ein Recht auf den „Dant des Vaterlandes“. Für Kriegsgesopfer darf es keine Notverordnungen geben, ob sie von der Regierung Bräutigam oder von Pa- ren kommen, ist ganz gleichgültig.

Das heutige Deutschland hat die unergleich- lichen Opfer der Jahre 1914-1918 vergessen; es gereicht ihm nicht zur Ehre. Und wenn sie sagen, wir sind ein armes Volk, dann sagen wir, was hat uns zu diesem armen Volk gemacht? Aber selbst wenn wir ein armes Volk sein müßten, auch ein armes Vaterland kann dankbar sein!

Die Tagung steht im Zeichen der Vereinigung zweier großer Kriegsgesopfer-Verbände. Wir be- grüßen den Zusammenschluß. Darüber hinaus würden wir es begrüßen, wenn sämtliche Kriegs- opfer-Verbände sich zusammenschließen würden. Das Joch, was sie miteinander verbindet — das Fronterlebnis, die gemeinsamen Opfer — all das ist größer, als das sie trennende Materielle. Das kommende Deutschland wird auch diesen Verhält- nissen ein Ende bereiten. Die Kriegsgesopfer werden dann nicht mehr Spielball und Dankschuldner der Parteien, sie werden die ersten Bürger des Staates sein.

Geführt von dem Kriegsgesopfer-Gesetzten Adolf Hitler, der mit dem E. R. 1 und einem Diplom für besondere Tapferkeit vor dem Feinde ausgezeichnet ist, reichen wir allen Kriegsgesopfer- bündigen Kameraden die Hand. Wir drängen, so wollen wir auch jetzt Seite an Seite marschieren, im Kampf um das Recht der Kriegsgesopfer, bis uns das neue Deutschland ein neues Gesicht gibt, das den „Dant des Vaterlandes“ wahr macht.

Wir begrüßen die Vertreter der beiden Ver- bände aus allen deutschen Gauen in der alten ehrwürdigen Stadt Bremen, wünschen ihrer Tagung einen guten Verlauf und hoffen, daß der Tag, an dem „der Dant des Vaterlandes“ zu- fällig befohnen und keine leere Redensart mehr ist, nicht mehr fern ist.

Das Unglück in der Schwach- hauser Heerstraße

Der Fahrer erhält zwei Jahre Gefängnis Vor der Strafkammer fand der Kauf- mann G. unter der Anklage, als Fahrer eines Autos durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verschuldet zu haben. G. war am 25. Mai nachmittags mit seinem Wagen durch die Schwachhauser Heerstraße gefahren; er soll vorher mehrere Gläser Wein getrunken, aber nichts dazu gegessen haben. In der Schwachhauser Heerstraße soll er eine Geschwindigkeit von 40 bis 45 Kilometer eingehalten haben.

Pflichtig fuhr das Auto völlig unmo- tisiert nach der linken Straßenseite bis an den Baumfelsen heran und kippte dort um.

Dabei wurde eine Radfahrerin, Frau Hey- ler, zwischen dem Wagen und einem Tisch- mast eingeklemmt. Sie starb an den Folgen dieser Verletzungen. G. fuhr, nachdem das Auto wieder aufgerichtet war, schnell davon. In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß der Wagen ohne sein Verschulden in- folge eines technischen Fehlers ins Schlen- deren geraten sei, daß jemand bei dem Un- fall verletzt worden sei, wußt er nicht ge- sehen haben. Er stellte auch in Abrede, be- trunken gewesen zu sein. Auch seine beiden Mitfahrer sagten in diesem Sinne aus. Die Augenzeugenberichte gaben kein eindeutiges Bild von dem Unfall. Von verdächtigem Augenzeugen wurde ausgesagt, daß die Ver- letzte bereits davongetragen war, bevor der Angeklagte und seine Mitfahrer aus dem Wagen aussteigen konnten. Das Gutachten des technischen Sachverständigen besagt, daß der Unfall nicht durch einen Fehler am Wagen, sondern durch Ausweichen der Geschwindigkeit des Angeklagten durch Al- toholgenuss verursacht worden sei. Über- fallsanwalt Drechsler beantragte eine Ge- fängnisstrafe von drei Jahren. Das Gericht ging jedoch unter diesen Antrag herab und erkannte auf zwei Jahre Gefängnis.

Sommernachfahrt nach Helgoland. Der Nord- deutsche Lloyd veranstaltet am Sonntag, 23. Juli eine Sommernachfahrt mit seinem Doppelschiff- ken-Salondampfer „Gisela“ nach Helgoland, Wustorf, Samsdorf, 23. Juli, 20.30 Uhr, Frei- hafen 1. Die Abfahrt von Bremerhaven-Colum- bussteig ist um 23.50 Uhr, Ankunft in Helgoland gegen 4.30 Uhr früh. Flotte Muffel sorgt für weitere Stimmung an Bord. Die Rückfahrt von Helgoland findet Sonntag, 24. Juli, 17.45 Uhr, mit dem Turbinenschiffdampfer „Koland“ bis Bremerhaven-Columbussteig, am 20.45 Uhr, statt. Anschließend Weiterfahrt nach Bremen und dem Binnenlande mit der Eisenbahn. Fahrkarten (einschließlich der Eisenbahn, Fahrkarten) sowie nähere Auskunft durch den Norddeutschen Lloyd Bremen, Norddeutscher Lloyd, dessen Ver- tretungen und durch die Vertretungen der Damp- schiff-America Linie und die Reisebüros.

Deutscher Sozialismus

Sinn und Gestaltung der Arbeitsdienstpflicht

Es ist ein Kennzeichen dieses Wahlkampfes, daß die Verlogenheit der Propaganda der Systemparteien von links und rechts einen Höhepunkt erreicht hat, von dem man sich eigentlich nicht vorstellen kann, daß sie noch zu überbieten ist. In 12 Jahre haben sie das deutsche Volk an den Rand des Chaos gebracht, haben aus dem Volk der Arbeit ein Volk der Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit gemacht.

6 Millionen Arbeitslose

Find die furchtbare Anklage gegen dieses System des unheimlichen Betruges, das noch in der Stunde des Zusammenbruchs erklärt haben würde, nun sei der Aufstieg unmittelbar bevorstehend. 6 Wochen regiert das Kabinett Papen, und nun auf einmal versucht man seine eigene dreizehnjährige ins Mißgeschick gegangene Schuld diesem bürgerlichen Übergangskabinett aufzubürden oder gar der NSDAP an die Röckel zu hängen. In langen Aufzügen, die von Lügen und Verleumdungen wimmeln, will man dem Volke Sand in die Augen streuen und die Spuren vernichten. Mit den ältesten, aus der Weltentfaltung wieder aus Sicht gerieten Parolen tritt man vor die deutschen Wähler und hofft durch diesen schamlosen Betrug, sich der Abschreckung entziehen zu können.

Aber eines sucht man vergeblich in dieser Zeit von Lügen und Entstellungen und Verleumdungen: auch nur einen einzigen Hinweis auf einen Weg, der aus dem heutigen Elend, aus der Hölle des deutschen Lebens herausführt.

Da tritt die NSDAP auf und verkündet ihren Anspruch auf die Übernahme der Führung des Volkes. In 12jährigem Kampfe gegen das System haben wir uns nicht ein einziges Mal getraut, wenn wir das Volk warnten vor immer neuen Anschlägen der schwarzen und roten Völkerverderber, des Zentrums und der Sozialdemokraten, auf die Lebensgrundlagen der deutschen Nation. Immer und immer haben wir Recht behalten und bewiesen, daß nur unser Weg der Weg zur deutschen Freiheit ist.

Und während heute alle die anderen noch mit lächerlichen Parolen und Redensarten glauben, die deutsche Not überwinden zu können, zeigen wir dem deutschen Volk in positiven bis ins Einzelne ausgearbeiteten Plänen den Weg zur Freiheit der deutschen Arbeit und zur Rettung aus den Trümmern eines verfallenen und zerbrochenen Wirtschaftssystems.

Einer dieser Vorschläge, den der hell- und dunkelste Marxismus mit glühendem Haß bekämpft, weil er weiß, daß seine Durchführung ihn ins Mark treffen wird, ist

die Arbeitsdienstpflicht

Der unglückliche Ausgang des Weltkrieges und die Mißwirtschaft der letzten 14 Jahre haben zu einer gewaltigen Einengung unseres Lebensraumes und zum Verfall unserer volkswirtschaftlichen Existenz geführt. Wir müssen den Mut haben, Wege zu gehen, die vor uns noch kein Volk beschritten hat.

Unser Volk muß sich endlich wieder frei machen von der tödlichen Fesselung auf Hilfe von außen. Wir müssen uns selbst helfen.

Volle Entfaltung unserer Arbeitskraft, Wiederbelebung unserer Wirtschaft mit staatlicher Hilfe ist nötig und möglich. Das allein genügt aber nicht. Die außergewöhnliche Lage unseres Volkes verlangt gezielte und außerordentliche Entschlüsse. Wir müssen den Mut haben, Wege zu gehen, die vor uns noch kein Volk beschritten hat.

Nach nationalsozialistischer Auffassung ist jeder Deutsche Arbeiter und Kämpfer für sein Volk.

Aus diesem Grundfals leiten wir für jeden Deutschen die Verpflichtung ab, während seiner Jugend eine bestimmte Zeit seinem Volk unmittelbar mit seiner Hände Arbeit zu dienen.

Arbeitsdienstpflicht bedeutet also für uns Dienst unserer Jugend an Volk und Reich. Arbeitsdienstpflicht bedeutet Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen unseres Volkes. Die Arbeitsdienstpflicht soll der Staatsleitung ein Arbeitsheer schaffen als staatliches Machtmittel zur Einwirkung im wirtschaftlichen Kampf unseres Lebens und zur Wiedergewinnung unserer volkswirtschaftlichen Selbstständigkeit. Sinn und Zweck der Arbeitsdienstpflicht ist damit aber keineswegs erschöpft.

Son nicht geringerer Bedeutung als die volkswirtschaftliche find die

volkserzieherischen Aufgaben.

Die Arbeitsdienstpflicht soll unsere Jugend schulen vor körperlicher und sittlicher Vernachlässigung, zu der längere Arbeitslosigkeit führt. Die Arbeitsdienstpflicht soll

eine große Erziehungsgrundlage für unser Volk werden zur körperlichen Ausbildung, Abhärtung, zu Fleiß, Ordnung, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Anständigkeit, Selbstbeherrschung und Gehorsam. Sie soll dem jungen deutschen Manne eine wertvolle Lebensgrundlage sein und die notwendige staatsbürgerliche Erziehung zum nationalen und Ehrgedanken bieten. Nur durch die Arbeitsdienstpflicht kann die Hochachtung vor der Handarbeit und Landarbeit wieder hergestellt werden.

Der arme Arbeiter soll ebenso wie früher der arme Soldat ein an die vornehmsten Pflichten jedes Deutschen erinnernder Ehrentitel sein.

Den Vorschlag, die Arbeitsdienstpflicht nur auf die Unterfertigung heilenden Arbeitslosen auszuweiten, lehnen wir als dem Sinn und Zweck der Arbeitspflicht völlig widersprechend ab.

Wir wollen keine Arbeitsdienstpflicht der Wehrlosen. Es darf auch keine Möglichkeit der Stellvertretung und des Ersatzes geben.

Auf die Arbeitsdienstpflicht der Frauen müssen wir vorläufig verzichten. Der Arbeitsdienstpflicht der Frauen muß später ein ganz anderes Gepräge und eine andere Organisation gegeben werden, als der der Männer.

Der staatliche Arbeitsdienst darf nicht für Privatunternehmer, sondern nur für Arbeiten zum Gemeinwohl eingesetzt werden. Der freie Arbeitnehmer darf auch nicht aus seiner Stellung verdrängt oder in seinem Lohne gedrückt werden. Der Arbeitsdienst ist nicht Lohnarbeit, sondern Ehrenpflicht. Wie unsere Väter schon zwei Jahre mit der Waffe zu dienen hatten, wird jetzt mit Epigone und Späten die deutsche Jugend im Arbeitsdienst tätig sein.

Der Arbeitsdienstpflichtige soll seinen Lohn erhalten, aber Unterkunft, Verpflegung, Kleidung, Wäsche und ein tägliches Taschengeld von 30 bis

50 Pfennigen. Die Ueberflüsse durch die Arbeitsdienstpflicht können einem großzügigen Ausbau der Altersversicherung dienen. Die erforderliche Lösung der Arbeitsdienstpflicht aus den bestehenden Aufgaben erfordert eine straffe Führung durch fest gestellte und leicht bewegliche Arbeitsverbände. Die Einberufung der Arbeitspflichtigen hätte in der Regel im Herbst nach Abschluß der Feldarbeiten zu erfolgen. Der Einberufung müßte eine ärztliche Untersuchung und Prüfung der Gesunde um Befreiung durch geeignete Behörden vorangehen.

Sollte man an dieser Regelung etwa im deutschfeindlichen Ausland Anstoß nehmen, dann werden wir die Einwände mit allem Nachdruck zurückweisen mit dem Hinweis, daß man bei jeder Einberufung schon in der Geburt von Kindern männlichen Geschlechts Mobilisationsvorrichtungen erlassen konnte. Einzelne vertragliche Verpflichtung hindert Deutschland daran, die Arbeitsdienstpflicht einzuführen.

Das Recht auf Arbeit gehört wie beim einzelnen so auch beim ganzen Volk zu den Lebensrechten.

Und soll man im Ausland wissen, daß wir uns das Recht auf Arbeit und Arbeitsorganisation von niemandem vorenthalten lassen.

Die gewaltige Organisation der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht kann natürlich nicht auf ei-

Nazibarone — Hitlerregierung!

Von wem wurden die Männer der Papenregierung eingesetzt? Von Hitler? Nein!

Aber von Hindenburg

Wer hat Hindenburg eingesetzt? Etwa Hitler? Nein!

Aber SPD. und Zentrums-Partei

Ist von Papen ein Nazi? Nein! Es war bis vor 6 Wochen Zentrumsmann und angster Mitarbeiter Brünnings.

Von wem stammt die Papensche Notverordnung? Von Hitler? Nein! Sie lag fertig im Schubfach, von Papen hat sie nur hervorgeholt.

Wer verfaßte die

Preussische Hunger-Notverordnung?

Hitler? Nein! Aber das geschäftsführende Kabinett von SPD und Zentrum. Warum verschweigst man Euch das? Weil dann die Heße gegen den Nationalsozialismus fortfallen würde!

Wir wollen keine Papen-Regierung!

An dieser Regierung sitzt auch nicht ein einziger Nazi!

Warum wollen wir keine schwarz-rote Regierung? Weil wir nicht wollen, daß noch mehr Elend ins Volk getragen wird! Weil wir keine Regierung der Korruption, des Völkerverrats, der Anarchisierung der Eliten, des Elends, Vandalen, Vandalen und Elend haben wollen. Wir wollen einen Staat der Ehlichkeit und Sauberkeit! Den nationalsozialistischen Staat und die nationalsozialistische Regierung!

Darum gebt Hitler am 31. Juli die Macht!

Wählt Liste 2!

nein Schlag auf die Beine gestellt werden. Der Ausbau muß schrittweise, planmäßig, aber mit Beschleunigung erfolgen. Denn

wir haben in unserer Lage keine Zeit zu verlieren.

An großen gemeinnützigen Aufgaben fehlt es nicht, z. B. Bodenverbesserungen, Entwässerungen, Urbarmachung, Hochwassererschließung, Wegeverbesserungen für landwirtschaftliche Betriebe, Ausbau der Straßen für Kraftwagen, Verkehrsverbesserungen, Ausbau der Reichsbahn, Luftverkehrsanlagen, Elektrifizierung usw.

Im

Dienstbetrieb der Arbeitspflicht

muß straffe Manneszucht herrschen. Sie ist unerlässliche Voraussetzung dafür, daß die gestellten Aufgaben erfüllt werden. Parteipolitische Betätigung verstößt gegen Sinn und Zweck der staatlichen Arbeitspflicht. Es müssen in dieser Hinsicht dieselben Bestimmungen wie früher für die Wehrmacht gelten. Den Vorgesetzten muß Strafgewalt nach den Bestimmungen einer Strafordnung angebilligt werden.

Finanzierung der Reichsarbeitsdienstpflicht

Die gesamten Ausgaben der Arbeitslosenversicherung betragen z. B. für jeden Arbeitslosen durchschnittlich 2—3 RM. am Tage. Mit diesem Tageslohn ist auch der laufende Unterhalt des Reichsarbeiters zu bestreiten. Der Tageslohn im alten Reich betrug 1.50 RM. Die laufenden Kosten des Unterhalts können leicht durch die freierwerbenden Mittel der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden. Zusatzkosten zu den Tageslohn der Arbeitslosenunterstützung entstehen anfänglich durch die Neueinrichtung der Unterkunft, Mehrausgaben für Verpflegung und Ausrüstung, Befolgung des Stammpersonals, die Kapitalinvestierung für die Arbeit selbst und Materialkosten, Maschinen usw. Dafür werden aber wirtschaftliche Werte geschaf-

ten, die die Gesamtkosten nicht nur decken, sondern übersteigen.

Weiterhin ist zu beachten, daß der Arbeitsdienst nicht nur materielle, sondern auch ideelle Werte schafft, die aber ebenso schwer wiegen wie die materiellen. Auch der größte Stiefel muß gehen, doch es besser ist, eine Million deutscher Männer zur gemeinnützigen Arbeit einzusetzen, als untätig bei Arbeitslosenunterstützung herumlungern zu lassen.

Die Schwierigkeiten bei Einführung der Arbeitsdienstpflicht werden nicht gering sein.

Im vergangenen Jahre wurde eine Kommission berufen, die fünf Monate tagte, um als Ergebnis ihrer Tätigkeit ein praktisch umsetzbares Gutachten fertigzustellen.

Nationalsozialisten machen uns anheißig, in der besten Zeit, mit Hilfe der Sozialisten, die Organisation des Arbeitsdienstes praktisch auf die Beine zu stellen.

Es muß endlich Schluß gemacht werden mit dem System der Halbheiten und Unzulänglichkeiten. Das deutsche Volk will endlich einmal ganze Entschlüsse und durchgreifende Taten sehen.

Die Not im Gastwirtsgewerbe

„Viele Gastwirte, die zum ersten Male vom Reichsverband nationaler Gastwirte und verbander Betriebe“ hören, werden fragen: „Haben wir denn eigentlich noch nicht genug Gastwirtsvereine?“ Wenn man diese Frage bejahen will, muß man jedoch weiter fragen: „Was haben die bestehenden Gastwirtsvereine getan?“

Der Reichsverband nationaler Gastwirte und verbander Betriebe“ hat es sich zur

Aufgabe gemacht, den Kampf für die Erlösung, für die Erhaltung und Befestigung des Gastwirtsgewerbes aufzunehmen und durchzuführen. Wir haben eingesehen, daß in der heutigen Zeit durch die wirtschaftliche Notlage das gesamte Gastwirtsgewerbe am Boden liegt. Man kann heute nicht mehr Wirtschaft und Politik voneinander trennen. Die immer schärfer werdende Gefährdung, dazu die immer untragbareren Steuerlasten haben unser einst blühendes Gewerbe vollständig an den Rand des Abgrundes gebracht. In einer derartigen Zeit brauchen wir keine Gastwirtsvereine! Die Zeit ist viel zu ernst. Wir brauchen auch keine Sterbekassen-Vereine, sondern Vereine, die uns zum Leben verhelfen; wenn wir sterben, wird uns die Fürsorge schon in die Erde schaufeln lassen.

Aus diesem Grund hat sich der „Reichsverband nationaler Gastwirte und verbander Betriebe“ zusammengetan, um sich wieder freizumachen von den untragbaren Steuerlasten, der zur Erdoberflutung unseres Gewerbes führen muß. Auch wollen wir wieder frei werden von der Willkür der Brauerei-Kongresse, die durch Kongress-Verträge die Handelsfreiheit der Gastwirte völlig abschafften und durch langjährige, aufgezogene Verträge die Kaufpreise der Getränke herabmindern. — Unsere weiteren Ziele kann ein jeder unserer Kampfprogramme entnehmen, das wir vor zwei Jahren aufstellten.

Daß wir uns rücksichtslos für diese Ziele kämpfen einsehen, möge ein jeder daraus ersehen, daß wir in Berlin den Bierstreik begonnen und geführt haben. Als Hamburg mit einem Bierstreik ein Beispiel gegeben hatte, gäbe es auch in Berlin. Aber den Führern der Gastwirtsvereine fehlte der Mut, es Hamburg gleichzutun. Diese Herren wollten bei Behörden und Beamten nicht in Ungnade fallen, hatten also kein Interesse, für ihre Mitglieder einzutreten und den Streik auf sich zu nehmen. Die erwähnten Herren bekommen ihre Bonzen gehalten ja auch ohne Streik.

Der „Reichsverband nationaler Gastwirte und verbander Betriebe“ nahm das Heft in die Hand. Mit der Hamburger Streikleitung waren wir uns dahin einig, daß wir in einer von uns einberufenen Massenversammlung am 22. Februar den Streik auszurufen wollten. Vorher stellten wir am 18. Februar der Berliner Sozialkommission ein Ultimatum. Diesem Ultimatum entsprach die Sozialkommission nicht und damit war für uns das Signal für den Streik gegeben. In drei überfüllten Hallen versammelten sich etwa 10.000 Berliner Gastwirten als Besucher wurde unser Beifall begeistert aufgenommen. Auch die Sozialkommission mußte sich dazu beugen. Als Abstimmungen bei den Funktionären vorzunehmen, obgleich die Führer Köster und Litwin gegen den Streik waren. Ueber die Köpfe dieser „Führer“ hinweg brach der Gesamtschrei aus. Mit Ausnahme von einigen Außenseitern war die Kampfstimmung bei allen Gastwirten gut.

Der Regierung war natürlich der Streik unangenehm, der Ausfall an Biersteuern bezifferte sich allein in Berlin auf 1.800.000 Reichsmark in einer Woche. Obwohl die Regierung mit den Streikleitungen nicht verhandeln wollte, bevor der Streik abgebrochen werde, hätten wir durchgehalten und einen Sieg errungen, wenn die Herren Köster und Litwin sich nicht in einen Handel mit der Regierung hinter den Rücken ihrer Mitglieder eingelassen hätten. Unter Benutzung des Rundfunks und durch falsche Gerüchte in der Presse wurde im stillen Einvernehmen zwischen Regierung und Sozialkommission entgegen dem Willen der Mitglieder der Streik abgebrochen. Obgleich in allen Gastwirtsversammlungen für Fortsetzung des Streiks entschieden wurde, erklärte der Herr Präsident Köster, er lasse sich von seinen Mitgliedern nicht dazwischenreden.

Der Erfolg der Verhandlungen zwischen Regierung und Sozialkommission ist den Gastwirten ja bekannt. Die Pleite, die wir zu verzeichnen haben, verdanken wir der Unfähigkeit der Führer der bestehenden Gastwirtsverbände. Herr Köster erklärte bei Abbruch des Streiks, der Reichsverband habe ihm versprochen, für eine Neuordnung der Zulassungen, Getränke- und Biersteuer einzutreten. Als aber dann in der Sitzung der Handelskammer als Vertreter des Reichsinnenministeriums Herr Ministerialdirektor Lubowitz erschien, erklärte dieser Herr, daß eine Senkung der Biersteuer am 20. März um 7 Mark erfolgen würde. Daß ihm jedoch von einer Senkung der Landsteuern und Getränkesteuer nichts bekannt sei. Es müsse ein Verbot vorliegen. Welche Partei von den Verhandlungspartnern sei denn eigentlich an Verhandlungspartnern? Also das Resultat aus dem Bierstreik ist, daß dem Gastwirt noch mehr Opfer auferlegt wurden, anstatt daß eine Senkung der Lasten eingetreten wäre. — Wer die Männer kennt, die das Schicksal der Gastwirtsverbände und die Sachinteressen unseres Gewerbes vertreten, konnte eigentlich auch nichts anderes als eine Niederlage erwarten.